

Allgemeine Einkaufsbedingungen der AbbVie AG (nachstehend „Auftraggeber“)

1. Allgemeines

1.1 Diese Einkaufsbedingungen des Auftraggebers sind Bestandteil des Vertrages zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber, sofern und soweit nicht für den einzelnen Auftrag etwas anderes vereinbart ist. Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers gelten nur, wenn und soweit der Auftraggeber sich schriftlich und unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers mit diesen einverstanden erklärt. Insbesondere stellt die bloße Bezugnahme auf ein Schreiben des Auftragnehmers, das seine Geschäftsbedingungen enthält oder auf solche verweist, kein Einverständnis des Auftraggebers mit der Geltung jener Geschäftsbedingungen dar.

1.2 Diese Einkaufsbedingungen gelten auch dann, wenn der Auftraggeber in Kenntnis entgegenstehender oder von diesen Einkaufsbedingungen abweichender Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers die Lieferung/Leistung vorbehaltlos annimmt.

2. Angebot

2.1 Angebote und Kostenvoranschläge sind unentgeltlich und begründen für den Auftraggeber keine Verpflichtungen.

2.2 Der Anbieter hat sich im Angebot an die Anfrage zu halten und im Falle von Abweichungen ausdrücklich darauf hinzuweisen. Hat der Anbieter gegenüber der Anfrage eine technisch oder wirtschaftlich günstigere Lösung, wird er diese dem Auftraggeber zusätzlich anbieten.

3. Liefertermin, Teillieferungen/Teilleistungen

3.1 Der Auftragnehmer hat den vereinbarten Liefertermin einzuhalten. Für die Einhaltung des Liefertermins ist die Übergabe der mangelfreien Ware an den Auftraggeber zu gewöhnlichen Geschäftszeiten mit den erforderlichen Versandpapieren an dem in der Bestellung benannten Ort („Bestimmungsort“) maßgebend. Falls zwischen dem Auftragnehmer und dem Auftraggeber eine Lieferung mit Montage/Service vereinbart worden ist, ist die Übergabe der mangelfreien Ware nach ordnungsgemäßer Ausführung der Montage/Service für die Rechtzeitigkeit der Lieferung maßgeblich. Soweit eine Abnahme gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart ist, ist der Zeitpunkt der Abnahme maßgeblich. Vorzeitige Lieferungen/Leistungen oder Teillieferungen/Teilleistungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Auftraggebers.

3.2 Sobald der Auftragnehmer erkennt, dass er seine vertraglichen Verpflichtungen ganz oder teilweise nicht oder nicht rechtzeitig erfüllen kann, hat er dies dem Auftraggeber unverzüglich unter Angabe der Gründe und der voraussichtlichen Dauer der Verzögerung schriftlich mitzuteilen. Die vorbehaltlose Annahme einer verspäteten (Teil-) Lieferung/(Teil-) Leistung stellt keinen Verzicht des Auftraggebers auf Rechte im Hinblick auf die nicht rechtzeitige (Teil-) Lieferung/(Teil-) Leistung dar.

3.3 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die zur Ausführung der Bestellung von dem Auftraggeber beizustellenden Unterlagen rechtzeitig anzufordern.

4. Einhaltung von Gesetzen

4.1 Der Auftragnehmer versichert und gewährleistet, zum jetzigen Zeitpunkt und bei der Durchführung des Vertrages sämtliche einschlägigen Gesetze und Regelungen, einschließlich etwaiger Verhaltenskodizes der Industrie, einzuhalten, insbesondere solche, die der Bekämpfung von Korruption und Bestechung dienen.

4.2 Der Auftragnehmer hat bei der Durchführung des Vertrages die Vorgaben des Auftraggebers zu Umweltschutz, Gesundheitsschutz und Sicherheit zu beachten, die in der Bestellung konkretisiert werden.

5. Qualität

5.1 Der Auftragnehmer wird eine wirksame Qualitätssicherung durchführen, aufrechterhalten und dem Auftraggeber nach Aufforderung nachweisen. Der Auftragnehmer wird auf Verlangen des Auftraggebers ein Qualitätsmanagement-System gemäss DIN ISO 9000 ff. oder gleichwertiger Art anwenden. Der Auftraggeber ist berechtigt, selbst oder durch vom Auftraggeber beauftragte Dritte dieses Qualitätssicherungssystem zu überprüfen.

5.2 Änderungen des Liefergegenstandes bedürfen der vorherigen schriftlichen Freigabe des Auftraggebers.

6. Prüfungen während der Auftragsdurchführung

6.1 Der Auftraggeber hat das Recht, die Auftragsausführung durch den Auftragnehmer zu überprüfen. Der Auftraggeber ist berechtigt, zu diesem Zweck während der üblichen Betriebszeit nach vorheriger Anmeldung das Werk des Auftragnehmers zu betreten. Der Auftragnehmer und der Auftraggeber tragen jeweils die ihnen durch die Prüfung entstehenden Aufwendungen.

6.2 Prüfungen sowie die Vorlage von Nachweisen berühren nicht die vertraglichen oder gesetzlichen Abnahme- und Mängelrechte des Auftraggebers.

7. Einsatz von Subunternehmen

Der Einsatz von Dritten (insbesondere Subunternehmen jeglichen Grades) bzw. ihr Austausch bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers. Ist seitens des Auftragnehmers von vornherein der Einsatz von Dritten bei der Vertragserfüllung beabsichtigt, hat der Auftragnehmer dies dem Auftraggeber bereits bei seinem Angebot mitzuteilen.

8. Versand, Verpackung, Gefahrübergang

8.1 Die Lieferung hat, sofern nichts anderes vereinbart ist, DDP (Incoterms 2000) an den Bestimmungsort zu erfolgen. Der Lieferung sind Lieferschein in zweifacher Ausführung, Packzettel, Prüfzertifikate gemäss den vereinbarten

Spezifikationen und andere erforderliche Dokumente (wie z.B. Prüfzertifikate gemäss den vereinbarten Spezifikationen) beizufügen. In allen Versandunterlagen und auf der äusseren Verpackung sind – soweit bekannt – Bestellnummer, Brutto- und Nettogewicht, Anzahl der Packstücke und Art der Verpackung (Einweg-/ Mehrweg), Fertigstellungsdatum sowie Bestimmungsort (Abladestelle) und Warenempfänger und bei Projekten Jobnummer sowie Aufstellungsbaub vollständig aufzuführen.

8.2 Bei Drittlandslieferungen (Importe) ist in den Versandpapieren zu vermerken, ob es sich um verzollte oder unverzollte Waren handelt. Bei unverzollten Waren hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber alle relevanten Verzollungsunterlagen vorzulegen, wie namentlich: Versandbegleitdokument T 1, Frachtpapiere, Zollrechnung, Präferenznachweise wie Form A, EUR.1, A.TR., Ursprungszertifikat/- zeugnis. Bei verzollter Ware ist in den Frachtpapieren der Verzollungsnachweis (ATC-Nummer, Steuerbescheid-Nummer) zu vermerken.

8.3 Der Auftragnehmer hat die Interessen des Auftraggebers beim Versand sorgfältig zu wahren. Die Waren sind so zu verpacken, dass Transportschäden vermieden werden. Für Schäden infolge unsachgemässer Verpackung haftet der Auftragnehmer. Der Auftragnehmer wird auf Verlangen des Auftraggebers alle anfallenden Um-, Transport- und Verkaufsverpackungen am Bestimmungsort abholen oder durch Dritte abholen lassen. Der Auftragnehmer hat gefährliche Produkte nach den einschlägigen nationalen und internationalen Vorschriften zu verpacken, zu kennzeichnen und zu versenden. Ein Sicherheitsdatenblatt in der Sprache des Empfängerlandes ist gemäss Art. 31 EG-Verordnung 1907/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung (nachfolgend „REACH-VO“) bei gefährlichen Produkten sowie bei nicht eingestuften gefährlichen Produkten, die gefährliche Inhaltsstoffe in einer Konzentration über 1% enthalten, dem Auftraggeber auszuhändigen.

8.4 Bis zur tatsächlichen Übergabe der vertragsgemässen Ware nebst der in Ziffern 8.1 und 8.2 genannten Dokumente am Erfüllungsort trägt der Auftragnehmer die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung. Falls eine Lieferung mit Installation/Montage/Service vereinbart worden ist, erfolgt der Gefahrenübergang nach ordnungsgemässer Ausführung der Installation/Montage/Service und Übergabe. Ist eine Abnahme gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart, wird der Abnahmetermin auf schriftlichen Antrag des Auftragnehmers gemeinsam festgelegt. Das Ergebnis der Abnahme wird in einem Abnahmeprotokoll festgehalten. Der Gefahrübergang findet nicht vor Bestätigung der erfolgreichen Abnahme durch den Auftraggeber in dem Abnahmeprotokoll statt. Auf andere Weise kann die Abnahme nicht erfolgen, insbesondere nicht durch Prüfungen, Sachverständigengutachten, Zertifikate oder Arbeitsnachweise. Die Zahlung von Rechnungsbeträgen bedeutet keine Abnahme.

9. Warenursprung

9.1 Der Auftragnehmer wird auf Verlangen des Auftraggebers ein Ursprungszertifikat/-zeugnis über die Herkunft der Ware erbringen.

9.2 Die Ware hat die Ursprungsbedingungen der Präferenzabkommen der Schweiz zu erfüllen, sofern es sich um eine Lieferung im Rahmen des präferenziellen Warenverkehrs handelt.

10. Beschaffenheit der Lieferung/Leistung, Mängelrüge, Rechte bei Mängeln

10.1 Der Auftragnehmer schuldet die Mangelfreiheit der Lieferungen und Leistungen sowie darüber hinaus das Vorhandensein garantierter Merkmale. Der Auftragnehmer steht insbesondere dafür ein, dass die Lieferungen und Leistungen dem Stand der Technik und dem allgemein anerkannten Stand der Sicherheitstechnik, Arbeitsmedizin und Hygiene entsprechen, mit qualifiziertem Personal erbracht werden und im Einklang mit den einschlägigen Rechtsvorschriften, insbesondere Rechts- und Verwaltungsvorschriften, Steuer- und Sozialversicherungsbestimmungen, Bestimmungen der Arbeitssicherheit und des Umweltschutzes stehen. Sind Maschinen, Geräte oder Anlagen Gegenstand der Lieferung, müssen diese den Anforderungen der zum Zeitpunkt der Vertragserfüllung geltenden besonderen Sicherheitsbestimmungen für Maschinen, Geräte und Anlagen entsprechen und eine CE-Kennzeichnung besitzen.

10.2 Der Auftragnehmer garantiert, dass alle in der Ware enthaltenen Stoffe in Übereinstimmung mit den maßgeblichen Anforderungen der REACH-VO bzw. der schweizerischen Chemikalienverordnung wirksam vorregistriert, registriert und zugelassen sind. Ferner wird der Auftragnehmer sicherstellen, dass alle den Lieferanten (im Sinne von Artikel 3 Nr. 32 REACH-VO) treffenden Pflichten gemäss REACH in Bezug auf die Lieferung der Ware ordnungsgemäss erfüllt werden.

10.3 Der Auftraggeber rügt offensichtliche Mängel gegenüber dem Auftragnehmer innerhalb von vierzehn (14) Tagen nach Eingang der Ware am Bestimmungsort. Mängel, die erst später erkennbar werden, rügt der Auftraggeber innerhalb von vierzehn (14) Tagen nach Erkennen. Maßgeblich für die Wahrung der Frist ist jeweils das Datum der Versendung der Anzeige an den Auftragnehmer. Insoweit verzichtet der Auftraggeber auf den Einwand der verspäteten Mängelrüge.

10.4 Der Auftraggeber ist bei Mängeln berechtigt, Nacherfüllung nach den gesetzlichen Bestimmungen zu verlangen. Die Wahl der Art der Nacherfüllung liegt beim Auftraggeber. Für die Nacherfüllung wird die Ware dem Auftragnehmer nach Wahl

des Auftraggebers am Bestimmungsort oder am Ort, an dem sich die Ware bei Entdeckung des Mangels befindet, zur Verfügung gestellt. Der Auftragnehmer hat die zur Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen zu tragen. Der Auftragnehmer hat sich bei der Abwicklung der Nacherfüllung nach den betrieblichen Belangen des Auftraggebers zu richten. Ist die Nacherfüllung nicht innerhalb angemessener Frist erfolgt, ist sie fehlgeschlagen oder war die Fristsetzung entbehrlich, kann der Auftraggeber die weiteren gesetzlichen Rechte bei Mängeln geltend machen.

10.5 Kommt der Auftragnehmer seiner Pflicht zur Nacherfüllung nicht ordnungsgemäss nach – ohne die Nacherfüllung zu Recht zu verweigern – oder verweigert der Auftragnehmer die Nacherfüllung ernsthaft und endgültig, oder ist die Nacherfüllung fehlgeschlagen, oder ist ein Nutzungsausfall zu befürchten oder duldet die Beseitigung des Mangels aus anderen Gründen keinen Aufschub, ist der Auftraggeber berechtigt, den Mangel auf Kosten und Gefahr des Auftragnehmers selbst zu beseitigen oder durch Dritte beseitigen zu lassen und vom Auftragnehmer den Ersatz der erforderlichen Aufwendungen zu verlangen. Im Übrigen gelten die gesetzlichen Bestimmungen. Weitere Rechte des Auftraggebers aus Mängelhaftung oder Garantien bleiben unberührt.

10.6 Mängelansprüche verjähren in dreißig (30) Monaten ab Gefahrübergang, es sei denn es gilt eine längere gesetzliche Frist. Ein Verzicht auf Mängelansprüche seitens des Auftraggebers ist nur wirksam, wenn er ausdrücklich und schriftlich erklärt ist.

11. Verletzung von Immaterialgüterrechten

Der Auftragnehmer steht dafür ein, dass die Lieferung und/oder Leistung und deren vertragsgemäße Nutzung Patentrechte, Urheberrechte oder sonstige Immaterialgüterrechte Dritter nicht verletzen. Unbeschadet der gesetzlichen Ansprüche stellt der Auftragnehmer den Auftraggeber von allen Ansprüchen Dritter frei, die gegen den Auftraggeber wegen Verletzung von Immaterialgüterrechten geltend gemacht werden. Lizenzgebühren, Aufwendungen und Kosten, die dem Auftraggeber zur Vermeidung und/oder Beseitigung von Verletzungen fremder Immaterialgüterrechte entstehen, trägt der Auftragnehmer.

12. Versicherungen

12.1 Der Auftragnehmer hat für Schäden, die von ihm und seinen Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen zu verantworten sind, eine ausreichende Haftpflichtversicherung auf seine Kosten aufrecht zu erhalten. Die Höhe der Deckungssumme je Schadensereignis ist dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen. Die vertragliche und gesetzliche Haftung des Auftragnehmers bleibt durch Umfang und Höhe seines Versicherungsschutzes unberührt.

12.2 Der Auftraggeber versichert die ihm vom Auftragnehmer leih- oder mietweise überlassenen Sachen gegen Brand- und Explosionsschäden.

13. Rechnung, Zahlung

13.1 Die vereinbarten Preise sind Nettopreise zuzüglich etwaiger gesetzlich geschuldeter Mehrwertsteuer. Über die erfolgten Lieferungen und Leistungen sind Rechnungen auszustellen, die den jeweils gültigen gesetzlichen Anforderungen an Rechnungen nach dem Mehrwertsteuerrecht des Staates entsprechen, dessen Mehrwertsteuer die in Rechnung gestellten Lieferungen/Leistungen unterliegen. Bei vereinbarter Anwendung des Gutschriftsverfahrens hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber alle Daten zu übermitteln, die erforderlich sind, um den vorab aufgeführten Anforderungen des anwendbaren Mehrwertsteuerrechts zu genügen.

13.2 Auf der Rechnung ist die vollständige Bestellnummer des Auftraggebers und, sofern vorhanden, die Lieferscheinnummer des Auftragnehmers anzugeben. Der Rechnung sind Leistungsnachweise und andere Nachweisdokumente beizufügen. Rechnungen haben den Angaben in der Bestellung hinsichtlich Warenbezeichnung, Preis, Menge, Reihenfolge der Positionen und Positionsnummer zu entsprechen. Die Rechnung ist an die in der Bestellung des Auftraggebers genannte Rechnungsadresse zu übermitteln.

13.3 Zahlungsfristen laufen ab dem Zeitpunkt des Eingangs von Rechnungen, die den vorgenannten Anforderungen entsprechen, bei der in der Bestellung des Auftraggebers genannten Rechnungsadresse bzw. bei vereinbarter Anwendung des Gutschriftsverfahrens ab dem Datum der Erstellung der Gutschrift. Die Zahlung erfolgt vorbehaltlich Richtigbefunds der Lieferung/Leistung.

13.4 Die Zahlung bedeutet keine Anerkennung von Bedingungen und Preisen und lässt die Rechte des Auftraggebers wegen nicht ordnungsgemäss erbrachter Lieferung/Leistung, die Prüfungsrechte des Auftraggebers sowie das Recht, eine Rechnung aus anderen Gründen zu beanstanden, unberührt.

13.5 Wenn der Auftraggeber Lizenzgebühren an ausländische Auftragnehmer leisten muss, ist der Auftragnehmer verpflichtet, dem Auftraggeber alle für Steuerzwecke erforderlichen Informationen und Belege zu übergeben.

14. Weitergabe von Bestellungen, Abtretung, Firmenänderung, Aufrechnung, Zurückbehaltung

14.1 Der Auftragnehmer darf die Rechte und Pflichten aus dem Vertrag mit dem Auftraggeber nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers auf Dritte übertragen.

14.2 Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber jeder kraft Gesetzes eintretenden Vertragsübergang und jede Änderung seiner Firma unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

14.3 Der Auftraggeber darf die Rechte und Pflichten aus dem Vertrag mit dem Auftragnehmer jederzeit ohne vorherige Zustimmung des Auftragnehmers an Abbott Laboratories, USA oder an ein mit dieser Gesellschaft verbundenes Unternehmen übertragen.

14.4 Der Auftragnehmer ist nur berechtigt, mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zu verrechnen. Ein Zurückbehaltungsrecht steht dem Auftragnehmer nur zu, wenn die Forderung, wegen der das Zurückbehaltungsrecht geltend gemacht wird, aus demselben Vertragsverhältnis stammt.

15. Kündigung, Rücktritt

15.1 Der Vertrag kann fristlos aus wichtigem Grund gekündigt werden. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn - der Auftragnehmer eine erhebliche Pflichtverletzung begeht und nicht binnen einer vom Auftraggeber gesetzten angemessenen Frist nach Zugang der schriftlichen Beanstandung Abhilfe schafft, oder - für den jeweils anderen Vertragspartner der Antrag auf Eröffnung des eines Konkurs- oder Nachlassverfahrens gestellt wird, Zahlungsunfähigkeit, drohende Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung des Vertragspartners im Sinne von Art. 725 Abs. 2 OR vorliegt, oder wenn der Vertragspartner seiner Pflicht zur Abführung von Steuern oder Sozialversicherungsbeiträgen nicht nachkommt, oder - der Kauf, die Verwendung der Ware oder die Leistung auf Grund gesetzlicher oder behördlicher Vorschriften ganz oder teilweise unzulässig ist oder wird. Kündigt der Auftraggeber einen Vertrag aus wichtigem Grund, und ist das Festhalten an weiteren mit dem Auftragnehmer bestehenden Verträgen aus demselben wichtigen Grund für den Auftraggeber unzumutbar, kann der Auftraggeber auch andere zur Zeit der Kündigung bestehende und noch nicht erfüllte Verträge gegen anteilige Vergütung kündigen. Weitere Schadenersatz-, Aufwendungsersatz- oder Vergütungsansprüche stehen dem Auftragnehmer in dem vorgenannten Fall nicht zu.

15.2 Im Fall der Kündigung hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber sämtliche Dokumente, Unterlagen, Pläne und Zeichnungen, die er im Rahmen des Vertrages und/oder zum Zwecke der Ausführung oder aus Anlass des Vertrages erlangt hat, unverzüglich auszuhändigen.

15.3 Diese Regelungen gelten entsprechend im Falle des Rücktritts vom Vertrag.

16. Unterlagen, Geheimhaltung

16.1 Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber die geschuldeten Pläne, Berechnungen oder sonstigen Unterlagen in der vereinbarten Anzahl so rechtzeitig vorzulegen, dass die vertraglichen Ausführungsfristen eingehalten werden können.

16.2 Die Durchsicht der Unterlagen durch den Auftraggeber berührt nicht die Verantwortlichkeit des Auftragnehmers.

16.3 Modelle, Muster, Zeichnungen, Daten, Materialien und sonstige Unterlagen, die der Auftraggeber dem Auftragnehmer zur Verfügung stellt (nachfolgend „Auftraggeber-Unterlagen“ genannt), verbleiben im Eigentum des Auftraggebers und sind auf jederzeitiges Verlangen des Auftraggebers wieder an den Auftraggeber zurückzugeben. Ein Zurückbehaltungsrecht des Auftragnehmers an den Auftraggeber-Unterlagen wird ausgeschlossen. Der Auftragnehmer hat die Urheberrechte des Auftraggebers an den Auftraggeber-Unterlagen zu beachten.

16.4 Der Auftragnehmer verpflichtet sich vorbehaltlich gesetzlicher, gerichtlicher oder behördlicher Offenlegungspflichten, alle technischen, wissenschaftlichen, kommerziellen und sonstigen Informationen, die der Auftragnehmer im Rahmen des Vertrages direkt oder indirekt erlangt, insbesondere die Auftraggeber-Unterlagen, (nachfolgend „Vertrauliche Informationen“ genannt) geheim zu halten, nicht kommerziell zu verwerten, nicht zum Gegenstand von Immaterialgüterrechten zu machen, nicht an Dritte weiterzugeben oder Dritten in sonstiger Weise zugänglich zu machen und zu keinem anderen Zweck als dem der Durchführung des Vertrages zu verwenden. Die vorgenannte Geheimhaltungsverpflichtung gilt über die Beendigung des jeweiligen Auftrages hinaus. Ausgenommen von dieser Geheimhaltungspflicht sind lediglich Informationen, welche sich zum Zeitpunkt der Übergabe durch den Auftraggeber bereits rechtmäßig im Besitz des Auftragnehmers befinden, rechtmäßigerweise offenkundig sind oder rechtmäßig von Dritten erlangt wurden. Ausgenommen von dieser Geheimhaltungspflicht sind ferner Informationen, die gegenüber Personen offenbart werden, die einer gesetzlichen Verschwiegenheitspflicht unterliegen, wobei sich der Auftragnehmer dazu verpflichtet, diese Personen nicht von dieser Verschwiegenheitspflicht zu entbinden. Der Auftragnehmer trägt die Beweislast für das Vorliegen dieser Ausnahme. Der Auftragnehmer stellt durch geeignete vertragliche Vereinbarungen sicher, dass auch seine jeweils durch diese Geheimhaltungsvereinbarung betroffenen Mitarbeiter und Erfüllungsgehilfen entsprechend den Regelungen dieser Einkaufsbedingungen zur Geheimhaltung verpflichtet werden. Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber die Einhaltung dieser Verpflichtungen auf Wunsch schriftlich nachweisen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, alle erforderlichen und geeigneten Vorkehrungen und Maßnahmen zu treffen, damit die erlangten Vertraulichen Informationen jederzeit wirksam gegen Verlust sowie gegen unberechtigten Zugriff geschützt sind. Hierzu gehören insbesondere die Schaffung und Aufrechterhaltung von geeigneten und erforderlichen Zutritts- bzw. Zugriffsvorkehrungen für Räumlichkeiten, Behältnisse, IT-Systeme, Datenträger und sonstige Informationsträger, in bzw. auf denen sich Vertrauliche Informationen befinden, sowie die Durchführung geeigneter Unterweisungen für die Personen, die gemäss dieser Ziffer zum Umgang mit Vertraulichen Informationen berechtigt sind. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftraggeber unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen, wenn bei dem Auftragnehmer ein Verlust und/oder ein unberechtigter Zugriff von/auf Vertrauliche Informationen eingetreten ist.

16.5 Die Verpflichtung zur Wahrung der Vertraulichkeit wirtschaftlich sensibler Informationen im Sinne von Art. 10 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die Stromversorgung und die Verpflichtung zur diskriminierungsfreien Offenlegung von Informationen, die wirtschaftliche Vorteile bringen können, bleiben von den vorstehenden Regelungen unberührt.

17. Nutzungsrechte

Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber das räumlich, inhaltlich und zeitlich uneingeschränkte sowie frei übertragbare Nutzungs- und Verwertungsrecht an allen Plänen, Zeichnungen, Grafiken, Berechnungen und sonstigen Unterlagen, die den Vertrag betreffen und die der Auftragnehmer entweder selbst angefertigt hat oder von Seiten Dritter hat anfertigen lassen (nachfolgend „Arbeitsergebnisse“ genannt) in allen bekannten Medienformen einschließlich elektronischer Medien, Internet und Onlinemedien, auf allen Bild-, Ton- und Datenträgern ein. Der Auftraggeber hat insbesondere das Recht, solche Arbeitsergebnisse ganz oder in Teilen zu verwerten, zu vervielfältigen, zu verbreiten, sie zu verändern, sie weiterzuentwickeln, die vorgenannten Tätigkeiten durch Dritte ausführen zu lassen sowie Dritten die gleichen vollumfänglichen Nutzungs- und Verwertungsrechte an solchen Arbeitsergebnissen einschließlich allfälliger zwischenzeitlich vorgenommener Veränderungen und Weiterentwicklungen einzuräumen. Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber das Nutzungs- und Verwertungsrecht an den Arbeitsergebnissen in dem vorstehend beschriebenen Umfang auch für zum Zeitpunkt der Auftragserteilung noch unbekannte Nutzungsarten ein; insoweit gelten die gesetzlichen Bestimmungen. Bei der Beschaffung von Lizenzen und Ergebnissen aus geistigen Leistungen, insbesondere Studien, Spezifikationen, Lasten- und Pflichtenheften, spezifischer Entwicklung und Anpassung von Software erhält der Auftraggeber darüber hinaus ein ausschließliches, unwiderrufliches Recht, die Leistungsergebnisse durch verbundene Unternehmen nutzen zu lassen.

18. Aufbewahrung und Prüfung von Unterlagen

Der Auftraggeber hat während der gesetzlich vorgesehenen Aufbewahrungsdauer – mindestens jedoch für drei (3) Jahre, beginnend mit der Abnahme bzw. Lieferung – das Recht, während der üblichen Geschäftszeiten Einsicht in sämtliche mit der Leistungserbringung in Zusammenhang stehende Unterlagen zu nehmen und Kopien oder Abschriften zur eigenen Verfügung anzufertigen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Unterstützung bei Prüfungen. Soweit die Dokumente vertrauliche Daten des Auftragnehmers wie solche über seine internen Berechnungen, Vereinbarungen oder der Geheimhaltung unterliegende Informationen über Geschäftspartner und/oder Mitarbeiter enthalten, ist das Einsichtsrecht des Auftraggebers ausgeschlossen.

19. Umwelt-, Arbeits- und Sozialstandards

Der Auftraggeber richtet sich am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung aus und beachtet international anerkannte, grundlegende Umwelt-, Arbeits- und Sozialstandards. Sollte der Auftraggeber feststellen, dass der Auftragnehmer gegen diese Standards verstößt, so behält sich der Auftraggeber das Recht vor, unter Berücksichtigung der jeweiligen Landesgegebenheiten diesen Vertrag – gegebenenfalls auch außerordentlich – zu kündigen. Außerdem fordert der

Auftraggeber den Auftragnehmer auf, wiederum seine Sub- und Nachunternehmen zur Einhaltung dieser Standards anzuhalten.

20. Nicht-Ausschließung

Der Auftragnehmer versichert, dass weder der Auftragnehmer selbst noch einer seiner Mitarbeiter oder Unterauftragnehmer, die im Rahmen der Durchführung des Vertrages eingesetzt werden, jemals ein(e) „Debarred Individual / Entity“, ein(e) „Excluded Individual / Entity“ oder ein(e) „Convicted Individual / Entity“ war oder gegenwärtig ist bzw. sich bei einem Verfahren verantworten muss, durch das er hierzu erklärt werden könnte.

a.) Ein „Debarred Individual“ (ausgeschlossene Person) ist eine Person, der von der FDA gemäss Titel 21, §335a (a) oder (b) des United States Code (US-Gesetzbuch) oder von einer anderen Behörde oder einem berufsständischen Organ untersagt wurde, dem Inhaber eines genehmigten oder noch nicht entschiedenen Zulassungsantrags für ein Arzneimittel Dienstleistungen jeglicher Art zur Verfügung zu stellen.

b.) Eine „Debarred Entity“ (ausgeschlossene Einrichtung) ist ein Unternehmen, eine Partnerschaft oder eine Vereinigung, der von der FDA gemäss Titel 21, § 335a (a) oder (b) des United States Code oder von einer zuständigen Behörde oder einem berufsständischen Organ untersagt wurde, einen verkürzten Zulassungsantrag einzureichen bzw. bei der Einreichung eines solchen mitzuwirken, oder eine Zweigniederlassung oder Tochtergesellschaft eines solchen Unternehmens, Partnerschaft oder Vereinigung.

c.) Ein „Excluded Individual“ (nicht zugelassene Person) oder eine „Excluded Entity“ (nicht zugelassene Einrichtung) ist (1) eine Person bzw. eine Einrichtung, deren Teilnahme an staatlich finanzierten Krankenversicherungsprogrammen wie Medicare oder Medicaid vom Office of the Inspector General („OIG/HHS“) des US Department of Health and Human Services (US-Ministerium für Gesundheit und Soziales) untersagt, nicht zugelassen oder gesperrt wurde bzw. die für die Teilnahme anderweitig nicht in Frage kommt oder (2) eine Person bzw. eine Einrichtung, deren Teilnahme an staatlichen Beschaffungs- oder Nichtbeschaffungs-Programmen, einschließlich der Programme der US General Services Administration (US-Bundesverwaltung) („GSA“) untersagt, nicht zugelassen oder gesperrt wurde oder die für die Teilnahme anderweitig nicht in Frage kommt.

d.) Ein „Convicted Individual“ (verurteilte Person) oder eine „Convicted Entity“ (verurteilte Einrichtung) ist eine Person bzw. Einrichtung, die wegen eines strafrechtlichen Vergehens verurteilt wurde, das in den Geltungsbereich von Titel 21, § 335a (a) oder von Titel 42 § 1320 a – 7 (a) des United States Code fällt, deren Ausschluss, Nichtzulassung oder Sperrung aber noch nicht erfolgt ist bzw. die noch nicht anderweitig zur nicht in Frage kommenden Person/Einrichtung erklärt wurde.

e.) „FDA“ ist die United States Food and Drug Administration oder deren Nachfolgeorganisationen.

21. Werbeverbot, salvatorische Klausel, anwendbares Recht, Gerichtsstand

21.1 Der Auftragnehmer darf nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers auf die bestehende Geschäftsverbindung hinweisen.

21.2 Die Unwirksamkeit oder Undurchführbarkeit einer Bestimmung oder von Teilen einer Bestimmung des Vertrages ist auf

Bestand und Fortdauer des jeweiligen Vertrages ohne Einfluss.

21.3 Das Vertragsverhältnis unterliegt dem materiellen Recht der Schweiz unter Ausschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf vom 11. April 1980 („CISG“).

21.4 Ausschliesslicher Gerichtsstand ist das für den Sitz des Auftraggebers örtlich und sachlich zuständige Gericht. Der Auftraggeber ist jedoch berechtigt, nach seiner Wahl Klage an jedem anderen nach den anwendbaren, allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen zuständigen Gericht einzuleiten.

General terms and conditions of purchase of AbbVie AG (hereinafter “Customer”)

1. General

1.1 These terms and conditions of purchase belonging to the Customer form part of the contract between the Supplier and the Customer, unless and in so far as the Supplier and Customer have come to a different agreement for the individual assignment. The Supplier's terms and conditions shall only apply if and in so far as the Customer agrees to these in writing and with express reference to the Supplier's terms and conditions. In particular, merely referring to a letter from the Supplier which includes its terms and conditions or makes reference thereto does not constitute the Customer's agreement to the validity of those terms and conditions.

1.2 The terms and conditions of purchase shall apply even if the Customer unreservedly accepts the delivery/service in the knowledge of terms and conditions of the Supplier which are contrary to or deviate from these terms and conditions of purchase.

2. Offer

2.1 Offers and estimates shall be submitted at no expense and shall not form the basis of any obligations for the Customer.

2.2 In the offer, the offering party shall keep to the inquiry and make express reference to any deviations therefrom. If the offering party has a solution which is technically or economically more advantageous, compared to the inquiry, it shall additionally offer this solution to the Customer.

3. Delivery date, partial deliveries/partial service

3.1 The Supplier shall comply with the agreed delivery date. In order to comply with the delivery date, faultless goods are to be handed over to the Customer during normal business hours with the necessary shipping documents at the location cited in the order (“place of destination”). If the Supplier and Customer have agreed upon delivery with installation/service, punctual delivery shall require the faultless goods to be handed over after the proper execution of the installation/service. If there is legal or contractual provision for final acceptance, the time of final acceptance shall be definitive. Early deliveries/performance or partial deliveries/partial performance shall require the prior consent of the Customer.

3.2 As soon as the Supplier realizes that he cannot fulfil his contractual obligations in whole or in part, or cannot fulfil his contractual obligations on time, he must notify the Customer of this in writing, stating the reasons and the expected delay. The unreserved acceptance of a late (partial) delivery/(partial) service does not constitute a release by the Customer of the rights with regard to the (partial) delivery/(partial) service which has not been made on time.

3.3 The Supplier shall be obliged to request the documents to be provided in order to complete the order from the Customer in a timely manner.

4. Compliance with laws

4.1 The Supplier shall ensure and guarantee, at the current time and during the performance of the contract, compliance with all the relevant laws and regulations, including any industrial codes of conduct, in particular those which serve to combat bribery and corruption.

4.2 During the performance of the contract, the Supplier shall observe the Customer's provisions on the subject of environmental protection and health and safety which are specified in the order.

5. Quality

5.1 The Supplier shall establish and maintain an effective quality assurance system and shall provide evidence thereof to the Customer upon request. The Supplier shall, at the request of the Customer, use a quality assurance system in accordance with DIN ISO 9000 ff. or of an equivalent nature. The Customer shall be entitled to inspect this quality assurance system itself or to allow third parties instructed by the Customer to inspect this quality assurance system.

5.2 Modifications to the deliverables shall require prior written clearance from the Customer.

6. Inspections during the performance of the work

6.1 The Customer shall be entitled to inspect the performance of the work by the Supplier. For this purpose, the Customer shall be entitled to enter the Supplier's works during normal business hours after prior notification. The Supplier and the Customer shall each bear the expenses incurred by them as a result of the inspection.

6.2 Inspections and the submission of evidence shall not affect the Customer's contractual or statutory right of acceptance or rights arising from product defects.

7. Use of subcontractors

The use of third parties (in particular subcontractors of any rank) or the exchange thereof shall require the prior written agreement of the Customer. If the Supplier intends from the outset to use third parties for the performance of the contract, the Supplier must notify the Customer of this in his offer.

8. Shipment, packaging, transfer of risk

8.1 The delivery must, unless agreed otherwise, be made DDP (Incoterms 2000) to the place of destination. The delivery must be accompanied by two copies of the delivery note, the packing slip, inspection certificates in accordance with the agreed specifications and other necessary documents (such as, for example, inspection certificates in accordance with the agreed specifications). The order number, gross and net weight, number of packages and type of packaging (disposable/reusable), date of manufacture and place of destination (unloading point) and recipient of the

goods, and in the case of projects the job number and building where they are to be installed shall – where they are known – be listed in full in all dispatch documents and on the outer packaging.

8.2 In the case of third-country deliveries (imports), it shall be noted in the shipping documents whether the goods are duty paid or duty unpaid. In the case of duty unpaid goods, the Supplier shall submit all the relevant customs clearance documents to the Customer, such as for instance: dispatch accompanying document T 1, freight documents, customs calculation, preference certificates such as Form A, EUR.1, A.TR., certificate/declaration of origin. In the case of duty paid goods, the evidence of customs clearance (ATC number, tax assessment number) must be noted in the freight documents.

8.3 The Supplier shall carefully protect the interests of the Customer during dispatch. The goods are to be packaged in such a way that damage during transport is avoided. The Supplier shall be responsible for damage caused by inappropriate handling. The Supplier shall collect all accumulating outer packaging, transport packaging and sales packaging from the place of destination at the request of the Customer, or arrange for third parties to collect this packaging. The Supplier shall package, label and dispatch hazardous products in accordance with the relevant national and international regulations. Pursuant to Article 31 of EC Regulation 1907/2006/EC of the European Parliament and of the Council for the Registration, Evaluation, Authorisation (hereinafter "REACH regulation"), a safety data sheet in the language of the recipient country shall be delivered to the Customer in the case of hazardous products and in the case of unclassified hazardous products which contain hazardous ingredients in a concentration of over 1%.

8.4 Up until the actual handover of the contractual goods, in addition to the documents cited in subparagraphs 8.1 and 8.2, at the place of destination the Supplier shall bear the risk for accidental destruction and accidental deterioration. If delivery with installation/fitting/service has been agreed, the transfer of risk shall take place after the proper execution of the installation/fitting/service and handover. If acceptance is intended by law or contractually agreed, the acceptance date shall be determined jointly at the Supplier's written request. The result of the acceptance shall be recorded in an acceptance certificate. The transfer of risk shall not take place until the Customer has confirmed successful acceptance in the acceptance certificate. Acceptance cannot take place in another manner, in particular not through inspections, expert opinions, certificates or certificates of employment. Payment of the invoiced amounts does not constitute acceptance.

9. Origin of goods

9.1 At the request of the Customer, the Supplier shall produce a certificate/proof of origin regarding the origin of the goods.

9.2 The goods shall comply with conditions of origin of the preferential agreement of Switzerland, where the delivery is being made in the context of the preferential trade in goods.

10. Condition of the delivery/service, notice of defects, rights in the event of defects

10.1 The Supplier shall ensure that the deliveries and performance are free from any defects and shall also ensure the presence of guaranteed features. The Supplier shall guarantee that the deliveries and performance correspond to the state of the art and the generally acknowledged state of the art in safety technology, industrial medicine and hygiene, with qualified staff being brought in and in accordance with the relevant legal provisions, in particular legal and administrative regulations, tax and social security regulations, provisions for occupational safety and environmental protection. If machines, apparatus or plant are included in the delivery, these must comply with the particular safety provisions for machines, apparatus and plant which apply at the time of performance of the contract and must possess a CE marking.

10.2 The Supplier shall guarantee that all the materials contained in the goods have been properly preregistered, registered and approved in accordance with the relevant requirements of the REACH regulation or the Swiss chemicals legislation. The Supplier will also ensure that all the obligations concerning the suppliers (within the meaning of Article 3(32) of the REACH regulations) are properly complied with.

10.3 The Customer shall report obvious defects to the Supplier within fourteen (14) days of receipt of the goods at the place of destination. The Customer shall notify the Supplier of defects which only become apparent at a later date within fourteen (14) days from when the defects are identified. The date of dispatch is in each case significant in order to safeguard the deadline. In this respect, the Supplier shall not object to the delayed notification of defects.

10.4 The Customer shall be entitled, in the case of defects, to demand supplementary performance in accordance with the statutory provisions. It shall be up to the Customer to decide upon the nature of the supplementary performance. In order for the supplementary performance to take place, the goods item shall be made available to the Supplier at the place of destination or at the place where the goods item was located when the defect was discovered, at the option of the Customer. The Supplier shall bear the costs of the supplementary performance. The Supplier shall be guided by the Customer's operational requirements when implementing the supplementary performance. If the supplementary performance has not taken place within a reasonable deadline, or if the setting of a deadline was unnecessary, the Customer shall be entitled to claim the additional rights provided by statute in the event of defects.

10.5 If the supplier fails to properly comply with its obligation of subsequent performance – without being entitled to refuse subsequent performance – or if the Supplier seriously and absolutely refuses subsequent performance, or if the subsequent performance has been unsuccessful, or if there is a danger of loss of use or if a delay in the remedying of the defect is not admitted for other reasons, the Customer shall be entitled to remedy the defect itself at the expense and at the risk of the Supplier or to arrange for it to be remedied by third parties and to demand that the Supplier reimburses the costs incurred. Otherwise the statutory provisions shall apply. The Customer's additional rights arising from responsibility for defects or guarantees shall remain unaffected.

10.6 Claims for defects shall lapse thirty (30) months after the transfer of risk unless a longer statutory deadline applies. A waiver of claims for defects on the part of the Customer shall only be effective if it is expressly made in writing.

11. Infringement of intangible property rights

The Supplier shall agree that the supply and/or performance and its contractual use thereof shall not infringe patent rights, copyright or other intangible property rights belonging to third parties. Without prejudice to statutory claims, the

Supplier shall release the Customer from all third-party claims which are made against the Customer on account of an infringement of intangible property rights. The Supplier shall be liable for licence fees, expenses and costs incurred by the Customer in order to avoid and/or remove infringements of other people's intangible property rights.

12. Insurance

12.1 The Supplier shall take out, at its own expense, a sufficient liability insurance policy in respect of losses for which it and its agents or vicarious agents are responsible. The level of cover for each loss shall be disclosed to the Customer on request. The contractual and legal liability of the Supplier shall remain unaffected by the extent and level of its insurance cover.

12.2 The Customer shall insure the items lent or leased to it by the supplier against fire and explosion damage.

13. Invoice, payment

13.1 The agreed prices are net prices plus any value added tax payable by law. Invoices are to be issued for the supplies and performances, these invoices corresponding to the applicable statutory requirements concerning invoices in accordance with the value added tax law of the country to whose value added tax the deliveries/services invoiced are subject. If the credit note procedure has been agreed upon, the Supplier shall provide the Customer with all the necessary data in order to satisfy the previously cited requirements of the applicable value added tax law.

13.2 The Customer's full order number and, where available, the Supplier's delivery note number must be stated on the invoice. Invoices must be accompanied by proof of performance and other proof documents. Invoices must be in accordance with the details in the order with regard to the designation of the goods, price, quantities, order of the items and item numbers. Invoices must be sent to the invoice address specified in the Customer's order.

13.3 Payment deadlines shall run from the date on which the invoice, in accordance with the above requirements, is received at the invoice address specified in the Customer's order or, if the credit note procedure is used, from the date on which the credit note was issued. Payment shall be conditional upon the delivery/service being found to be correct.

13.4 Payment shall not mean any acknowledgement of conditions and prices and shall not have any effect on the rights of the Customer on account of incorrect delivery/service, the Customer's testing rights and the right to object to an invoice on other grounds.

13.5 Where the Customer has to pay licence fees to foreign Suppliers, the Supplier is obliged to submit all the information and evidence that is required for tax purposes to the Customer.

14. Passing on orders, assignment, change of company name, offsetting, retaining

14.1 The Supplier shall only be permitted to transfer the rights and obligations resulting from the contract with the Customer to third parties with the prior written agreement of the Customer.

14.2 The Supplier shall notify the Customer in writing without delay of any transfer of contract which has arisen by operation of law and any change of its company.

14.3 The Customer shall not be permitted to transfer the rights and obligations resulting from the contract with the Supplier to Abbott Laboratories, USA or to an undertaking associated with this company at any time without the prior written agreement of the Supplier.

14.4 The Supplier shall only be entitled to offset against undisputed or legally established receivables. The Supplier shall only have a right of retention if the receivable against which the right of retention is being claimed originates from the same contractual relationship.

15. Termination, withdrawal

15.1 The contract can be terminated without notice for good reason. Good reason shall exist, in particular if - the Supplier commits a significant breach of duty and does not remedy this breach within a reasonable deadline set by the Customer after the receipt of the written objection, or - an application is made for the institution of bankruptcy or insolvency proceedings in respect of the respective other contractual party, inability to pay, the risk of inability to pay or over-indebtedness of the contractual partner within the meaning of Article 725(2) of the Swiss Code of Obligations or if the contractual partner is not able to comply with its obligation to pay tax or social security contributions, or - the sale, use of the goods item or the service is impermissible or becomes impermissible in whole or in part on account of legal or regulatory provisions. If the Customer terminates the contract for good reason, and if it is not feasible to adhere to additional contracts existing with the Supplier for the same good reason, then the Customer is also able to terminate other existing contracts which have not yet been fulfilled at the time of termination with partial payment. The Supplier shall not be entitled to make any additional claims for compensation, reimbursement of expenses or remuneration claims in the abovementioned case.

15.2 In the event of termination, the Supplier shall immediately hand over to the Customer all the documents, records, plans and drawings which it received in the context of the contract and/or for the purposes of the execution or on the occasion of the contract.

15.3 These provisions shall apply correspondingly in the event of withdrawal from the contract.

16. Documents, confidentiality

16.1 The Supplier shall submit the required number of plans, calculations or other documents which are due to the Customer in good time so that the contractual execution period can be complied with.

16.2 The examination of the documents by the Customer shall not affect the responsibility of the Supplier.

16.3 Models, patterns, drawings, data, materials and other documents which are made available to the Supplier by the Customer (hereinafter "Customer's documents") shall remain the property of the Customer and shall be returned to the Customer at any time at the request of the Customer. The Supplier shall have no right of retention to the Customer's documents. The Supplier shall observe the Customer's copyright to the Customer's documents.

16.4 The Supplier shall undertake, subject to statutory, judicial or regulatory disclosure requirements, to treat as confidential, not to commercially exploit and not to make the subject of intangible property rights, not to pass on to third parties or otherwise to make available to third parties and not to use for any purpose other than for the performance of

the contract, all technical, scientific, commercial and other information which the Supplier obtains either directly or indirectly, in particular the Customer's documents (hereinafter "Confidential Information"). The abovementioned confidentiality obligation shall continue to apply after the end of the respective contract. The only exclusion from this confidentiality obligation is information which was already legitimately in the possession of the Supplier, legitimately obvious or legitimately obtained from third parties at the time of handover by the Customer. Also excluded from this confidentiality obligation is information which is disclosed to persons who are subject to a legal obligation to maintain secrecy, with the Supplier being obliged not to release these persons from this obligation to maintain secrecy. The burden of proof of the existence of this exception shall lie with the Supplier. The Supplier shall ensure by way of suitable contractual agreements that its employees and vicarious agents who are affected in each case by this confidentiality obligation are also obligated to maintain secrecy in accordance with the regulations of these terms and conditions of purchase. The Supplier will provide written evidence of the compliance with these obligations to the Customer upon request. The Supplier shall undertake to make all the necessary and appropriate arrangements and to take all the necessary and appropriate measures to effectively protect the Confidential Information received against loss and against unauthorized access. This includes, in particular, establishing and maintaining appropriate and necessary access precautions for premises, containers, IT systems, data carriers and other information carriers in or on which Confidential Information is stored, and to give appropriate instructions for persons who, in accordance with this subparagraph, are authorized to handle Confidential Information. The Supplier shall undertake to notify the Customer in writing without delay in the event of a loss of and/or an unauthorized access to Confidential Information at the Supplier's premises.

16.5 The obligation to maintain confidentiality with regard to commercially sensitive information within the meaning of Article 10(2) of the Federal Law on electricity supply and the non-discriminatory obligation to disclose information which may bring economic benefits shall not be affected by the above regulations.

17. Usage rights

The Supplier shall grant to the Customer the right to use and exploit all plans, drawings, graphics, calculations and other documents which relate to the contract and which the Supplier has either produced himself or has arranged to have produced by third parties (referred to hereinafter as "Work Results") in all forms of media including electronic media, Internet and online media, on all image, sound and data carriers, this right being unlimited in space, content and time and being freely transferrable. In particular, the Customer shall have the right to utilize, to copy, to disseminate, to amend, to further develop such Work Results, to arrange for third parties to carry out the aforementioned activities and to grant third parties the same comprehensive rights to use and exploit such Work Results, including any changes and developments that have taken place in the meantime. The Supplier shall grant the Customer the right to use and exploit the Work Results to the extent described above, including for types of use that are still unknown at the time the order was placed; the statutory provisions shall apply in this regard. In the event of the acquisition of licences and results from intellectual services, in particular studies, specifications, product requirement documents and functional specification documents, specific development and modification of software, the Customer shall also be given an exclusive, irrevocable right to arrange for the performance results to be used by associated undertakings.

18. Archiving and inspection of documents

The Customer shall have the right to inspect all of the documents associated with the performance of the service during normal working hours and to make copies or transcripts for its own use throughout the archiving period – but at least for three (3) years starting from the acceptance or delivery. The Supplier undertakes to provide assistance during inspections. Where the documents contain confidential data belonging to the Supplier and Confidential Information about its internal calculations, agreements or information about business partners and/or employees which is subject to confidentiality, the Customer's right of inspection is excluded.

19. Environment, occupational and social standards

The Customer shall follow the model of sustainable development and shall observe internationally recognised, fundamental environmental, occupational and social standards. Should the Customer establish that the Supplier is in breach of these standards, the Customer shall retain the right to terminate this contract – on an extraordinary basis if applicable, taking the circumstances in the country concerned into account. The Customer shall also request that the Supplier in turn urges his subcontractors to comply with these standards.

20. Non-exclusion

The Supplier shall warrant that neither the Supplier as such nor one of its employees or subcontractors who is brought in within the framework of the implementation of the contract has even been or is currently a "Debarred Individual/Entity", an "Excluded Individual/Entity" or a "Convicted Individual/Entity" or is currently involved in proceedings that could lead to a classification as "Excluded Individual/Entity" or "Convicted Individual/Entity".

a.) A "Debarred Individual" is a person who has been barred by the FDA pursuant to Title 21, Section 335a (a) or (b) of the United States Code or by another authority or a professional organization from providing services of any kind to the holder of an approved or pending drug licensing application.

b.) A "Debarred Entity" is an undertaking, a partnership or an association which has been barred by the FDA pursuant to Title 21, Section 335a (a) or (b) of the United States Code or by a competent authority or a professional organization from submitting an expedited licence application or from cooperating in the submissions of the latter, or a branch or subsidiary of such an undertaking, partnership or association.

c.) An "Excluded Individual" or an "Excluded Entity" is (1) a person or an establishment whose participation in state financed health insurance programmes such as Medicare or Medicaid has been prohibited, not authorized or blocked by the Office of the Inspector General ("OIG/HHS") of the US Department of Health and Human Services or who is ineligible to participate for other reasons or (2) a person or an establishment whose participation in government procurement or non-procurement programmes, including the programmes of the US General Services Administration ("GSA") has been prohibited, not authorized or blocked or who is ineligible to participate for other reasons.

d.) A “Convicted Individual” or a “Convicted Entity” is a person or an institution which has been convicted of a criminal act included in the ambit of Title 21, Section 335a (a) or of Title 42 Section 1320 a – 7 (a) of the United States Code, whose exclusion, non-admission or blocking has, however, not yet taken place or who has not yet been otherwise declared to be an ineligible person/establishment.

e.) “FDA” is the United States Food and Drug Administration or the successor organizations thereof.

21. Advertising ban, severability clause, applicable law, place of jurisdiction

21.1 The Supplier shall only be permitted to refer to the existing business relationship with the prior written consent of the Customer.

21.2 The ineffectiveness or unfeasibility of a provision or of parts of a provision of the contract shall not affect the existence and continuation of the respective contract.

21.3 The contractual relationship shall be subject to the substantive law of Switzerland to the exclusion of the United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods of 11 April 1980 (“CISG”).

21.4 The sole place of jurisdiction shall be the court which has jurisdiction *ratione loci* and *ratione materiae* for the registered office of the Customer. However, the Customer shall be entitled to commence an action at any other competent Court in accordance with the applicable general statutory provisions, at its discretion.